

0212

64/95 S

Bonn, 18.07.1995

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilt mit:

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe legt Ergebnisse zu Untersuchungen für Ersatzstandorte für nukleare Endlager im August vor - Bundesumweltministerium hält Verunsicherung der Bevölkerung durch den badenwürttembergischen Umweltminister für verantwortungslos

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover wird im August auftragsgemäß dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie das Ergebnis ihrer Untersuchungen von potentiellen Ersatzstandorten für das geplante Endlager Gorleben vorlegen. Derartige Arbeiten waren in der Vergangenheit auch von der politischen Opposition gefordert worden.

Dabei kommt die BGR zusammenfassend zu dem Ergebnis:

- Die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben sollten fortgesetzt werden.
- Es besteht keine Notwendigkeit, Ersatzstandorte zum Salzstock Gorleben zu untersuchen.

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt. Entgegen den Behauptungen des badenwürttembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer enthält diese vorsorgliche Untersuchung keine Empfehlung für mögliche Standorte in Baden-Württemberg.

Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel: "Dieser Auffassung schließe ich mich vorbehaltlos an. Ich halte es für verantwortungslos, wenn diese höchst vorsorglichen Arbeiten, die auch von der politischen Opposition immer gefordert wurden, nun vom baden-württembergischen Umweltminister benutzt werden, Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung mit der Behauptung zu wecken, in ihren Lebensräumen würde die Eignung von Ersatzstandorten zu Gorleben untersucht. Solche Behauptungen sind nur vorgezogene Wahlkampfmanöver. Worauf es jetzt ankommt, ist vielmehr, die untertägige Erkundung des Salzstockes Gorleben zu unterstützen. Von daher wäre es wünschenswert, wenn die übrigen Länder auf die Landesregierung Niedersachsens hinwirken, die Entscheidungen weiter mitzutragen, die seit 1979 - auch unter der von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung - getroffen worden sind."

Die Ergebnisse der BGR sollen nach Fertigstellung der Berichte - Ende August - den Ländern zugänglich gemacht und anschließend veröffentlicht werden.